

S1 Satzungsvorschlag des Vorstands

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 1. Satzungsänderung

Satzungstext

1 Satzung der Bezirksgruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 2 Treptow-Köpenick

3 Präambel

4 Als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Treptow-Köpenick arbeiten wir auf eine sozial-
5 ökologische, feministische, inklusive und basisdemokratische Gesellschaft hin.
6 Wir kämpfen für die Überwindung von Faschismus, Rassismus und Antisemitismus.
7 Wir wollen, dass sich alle Menschen gleichberechtigt und selbstbestimmt
8 entfalten und an der Gesellschaft teilhaben können. Diese Grundsätze vertreten
9 wir in unseren Positionen nach außen sowie durch unsere Strukturen und im Umgang
10 miteinander nach innen. Dazu gehört die Unterstützung von marginalisierten
11 Gruppen. Außerdem gestalten wir unsere politische Arbeit so, dass möglichst
12 viele Menschen mit unterschiedlicher gesellschaftlicher Positionierung daran
13 teilnehmen und mitbestimmen können. Veranstaltungen des Kreisverband sollen
14 möglichst barrierefrei und familien- und kinderfreundlich sein.

15 § 1 Die Bezirksgruppe

- 16 1. Mitglieder der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit Sitz im Berliner Bezirk
17 Treptow-Köpenick bilden eine Bezirksgruppe gemäß der Landessatzung. Sie
18 ist darüber hinaus auch Kreisverband Treptow-Köpenick entsprechend der
19 Bundessatzung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.
- 20 2. Aufgabe der Bezirksgruppe ist die politische Willensbildung und
21 Mitgestaltung im Rahmen Bündnisgrüner Programme und Satzungen auf Bundes-
22 und Landesebene sowie auf Bezirksebene die aktive Beteiligung an der
23 Kommunalpolitik.

24 § 2 Mitglieder

- 25 1. Stimmberechtigt sind alle Mitglieder des Landesverbandes von BÜNDNIS
26 90/DIE GRÜNEN mit Wohnsitz im Bezirk Treptow-Köpenick, sofern sie ihr
27 Stimmrecht keiner anderen Grundorganisation des Landesverbandes zugeordnet
28 haben, und sonstige Mitglieder des Landesverbandes, die ihr Stimmrecht
29 gemäß dessen Satzung in der Bezirksgruppe wahrnehmen.

30 § 3 Organe und Gremien

- 31 1. Organe und Gremien der Bezirksgruppe sind:
 - 32 ◦ a. Die Mitgliedervollversammlung (MVV)
 - 33 ◦ b. Die Mitgliederversammlung (MV)

- 34 ◦ c. Der Vorstand
- 35 ◦ d. Die Diätenkommission
- 36 ◦ e. Die Kassenprüfer*innen
- 37 ◦ f. Die Arbeitsgruppen

38 §4 Mitgliedervollversammlung (MVV)

- 39 1. Das höchste beschlussfassende Gremium der Bezirksgruppe ist die
40 Mitgliedervollversammlung.
- 41 2. Die MVV tagt mindestens zweimal jährlich. Solange nicht anders
42 beschlossen, sind MVVen öffentlich.
- 43 3. Die MVV:
 - 44 ◦ a. wählt den Vorstand der Bezirksgruppe;
 - 45 ◦ b. wählt die Kassenprüfer*innen der Bezirksgruppe;
 - 46 ◦ c. wählt die Diätenkommission der Bezirksgruppe;
 - 47 ◦ d. wählt die Delegierten der Bezirksgruppe in den Berliner
48 Landesausschuss, die Landesdelegiertenkonferenz, sowie die
49 Frauenkonferenz von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Berlin, sowie zu den
50 Bundesdelegiertenkonferenzen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN;
 - 51 ◦ e. stellt Wahlvorschläge zu den gesetzlichen und verfassungsmäßigen
52 Vertreter*innen (Kandidat*innen der Direktwahlkreise für Bundestag
53 und Abgeordnetenhaus sowie für die Bezirksverordnetenversammlung,
54 Bürgermeister*in, Stadträt*innen) auf;
 - 55 ◦ f. beschließt den Haushalt der Bezirksgruppe;
 - 56 ◦ g. entscheidet über die finanzielle Entlastung der
57 finanzverantwortlichen Person;
 - 58 ◦ h. beschließt inhaltliche Anträge sowie Satzungsänderungen der
59 Bezirksgruppe.
- 60 4. Zu einer MVV muss schriftlich mindestens 10 Tage zuvor eingeladen werden.
61 Dies geschieht in der Regel durch den Vorstand. Auf Wunsch von 15
62 Mitgliedern muss der Vorstand eine MVV einberufen. Der Einladung muss eine
63 vorläufige Tagesordnung, Satzungsanträge und soweit vorhanden

- 64 Tagungsmaterial beigefügt werden. Für die MVV schlägt der Vorstand eine
65 Sitzungsleitung vor.
- 66 5. Tagesordnung und Sitzungsleitung müssen durch die MVV bestätigt werden.
- 67 6. Die MVV ist beschlussfähig, wenn mindestens 15 stimmberechtigte Mitglieder
68 der Bezirksgruppe anwesend sind und die Einladung frist- und formgerecht
69 erfolgte.
- 70 7. Satzungsänderungsanträge werden zweimal gelesen. Sie sind schriftlich
71 spätestens 5 Wochen vor einer MVV einzubringen, um die Vorschläge zuvor
72 auf einer MV oder einem zusätzlichen Termin zu diskutieren.
73 Änderungsanträge daran sind bis zu 7 Tage vorher in Antragsgrün möglich.
- 74 8. Inhaltliche Anträge an die MVV sind schriftlich 7 Tage vorher
75 einzubringen. Änderungsanträge können bis 3 Tage vorher in Antragsgrün
76 eingereicht werden.
- 77 9. Bei aktuellen Ereignissen, die nach der Antragsfrist eintreten, kann ein
78 Dringlichkeitsantrag in Antragsgrün vor Veranstaltungsbeginn gestellt
79 werden. Der Dringlichkeitsantrag muss vor Eintritt in die Tagesordnung
80 begründet und abgestimmt werden.
- 81 10. Über die Mitgliederversammlung ist ein Protokoll anzufertigen. Die
82 Protokolle sind den Bezirksgruppenmitgliedern zugänglich zu machen.

83 §5 Mitgliederversammlung (MV)

- 84 1. Die Mitgliederversammlung findet in der Regel einmal im Monat öffentlich
85 statt.
- 86 2. Die MV:
87 ◦ diskutiert und berät über tagespolitische Themen des Bezirks sowie
88 strukturelle Themen der Bezirksgruppe
89 ◦ b. beschließt inhaltliche Anträge
- 90 3. Zu einer MV muss schriftlich mindestens 7 Tage zuvor eingeladen werden.
91 Dies geschieht in der Regel durch den Vorstand.
- 92 4. Die Antragsfristen gelten wie bei einer MVV. Wird auf einer MV ein Antrag
93 abgestimmt, muss darauf in der Einladung aufmerksam gemacht werden, sowie
94 ein Protokoll angefertigt werden, das den Mitgliedern zugänglich gemacht
95 wird.
- 96 5. MVen können in Präsenz, online und hybrid stattfinden.

97 § 6 Vorstand

- 98 1. Die Mitglieder des Vorstands vertreten BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Treptow-
99 Köpenick politisch und juristisch nach außen und innen.
- 100 2. Sie führen die Geschäfte der Bezirksgruppe, laden zu
101 Mitglieder(voll)versammlungen ein und bereiten diese inhaltlich vor. Durch
102 entsprechende Arbeitsaufteilung innerhalb des Vorstands ist zu allen
103 Bereichen der Partei enger Kontakt und Informationsfluss sowie Einführung
104 und Betreuung neu eingetretener Mitglieder zu gewährleisten.
- 105 3. Der Vorstand besteht aus bis zu 7 Mitgliedern. Die Vorstandsmitglieder
106 bestimmen aus ihren Reihen eine*n Diversity-Beauftragte*n, ein
107 Geschlechtergerechtigkeits-Team sowie eine finanzverantwortliche Person
108 und eine Stellvertretung. Der oder die Finanzverantwortliche und die
109 Stellvertretung vertreten die Bezirksgruppe im Landesfinanzrat.
- 110 4. Alle Mitglieder des Vorstands sind gleichberechtigt.
- 111 5. Sollte nur die Wahl von weniger Vorstandsmitgliedern zustande kommen oder
112 fallen gewählte Mitglieder aus, ist der Vorstand mit mindestens fünf
113 Mitgliedern dennoch arbeits- und beschlussfähig. Im Falle der
114 langfristigen Verhinderung, der Abwahl oder des Ausscheidens eines oder
115 mehrerer Vorstandsmitglieder sind zur nächsten MVV Nach- oder Neuwahlen
116 durchzuführen.
- 117 6. Die Amtszeit beträgt 2 Jahre. Wiederwahl ist möglich. Die ununterbrochene
118 Amtszeit wird jedoch auf 6 Jahre beschränkt. Ausnahmen bedürfen einer 2/3
119 Mehrheit der Mitgliedervollversammlung (MVV).
- 120 7. Der Vorstand hat zum Ende seiner Amtszeit der Mitgliederversammlung einen
121 Tätigkeitsbericht vorzulegen.
- 122 8. Er beschließt über Finanzanträge im Rahmen des Finanzplans.
- 123 9. Er tagt in der Regel vierzehntäglich.
- 124 10. Seine Sitzungen sind grundsätzlich mitgliederöffentlich. Alle Anwesenden
125 haben vorbehaltlich einer ausnahmsweise anders lautenden Entscheidung des
126 Vorstands Rede- und Antragsrecht.
- 127 11. Er kann sich in nicht-öffentlichen gemeinsamen Sitzungen mit der Fraktion
128 und weiteren Mandatsträger*innen beraten.
- 129 12. Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn die Mehrheit der Vorstandsmitglieder
130 anwesend ist oder die Mehrheit der Vorstandsmitglieder im Umlaufverfahren

131 einer Vorlage zustimmt. Für die weitere Festlegung der Zusammenarbeit kann
132 sich der Vorstand eine Geschäftsordnung geben.

133 13. Ort und Zeit der Vorstandssitzungen sind den Bezirksgruppenmitgliedern in
134 geeigneter Weise bekanntzugeben.

135 14. Von den Vorstandssitzungen sind Protokolle anzufertigen und den
136 Bezirksgruppenmitgliedern auf Anfrage zugänglich zu machen.

137 15. Der Vorstand kann zur Unterstützung seiner Aufgaben eine organisatorische
138 Geschäftsführung sowie weitere Mitarbeiter*innen einstellen.

139 §7 Diätenkommission

140 1. Die Diätenkommission besteht aus zwei Personen.

141 2. Sie wird für eine Legislaturperiode der Bezirksverordnetenversammlung
142 gewählt.

143 3. Die Diätenkommission gibt sich eine Geschäftsordnung, welche der Satzung
144 angehängt wird.

145 §8 Arbeitsgruppen

146 1. Arbeitsgruppen werden zu thematischen oder nach örtlichen Schwerpunkten
147 eingerichtet. Sie sollen die politische Arbeit der Bezirksgruppe
148 unterstützen und Entscheidungen der Mitgliederversammlung vorbereiten.

149 2. Die Gründung neuer Arbeitsgruppen ist möglich, wenn mindestens 3
150 Mitglieder ihre Mitarbeit bekunden. Sie muss vom Vorstand zugelassen
151 werden. Bei Widerspruch des Vorstands besteht die Möglichkeit, bei einer
152 Mitgliederversammlung die Entscheidung anzufechten. Für die Gründung einer
153 Arbeitsgruppe auf diesem Weg ist eine einfache Mehrheit notwendig. Die
154 Mitgliederversammlung kann mit einer Zweidrittelmehrheit der abgegebenen
155 Stimmen die Auflösung von Arbeitsgruppen beschließen.

156 3. Arbeitsgruppen wählen zwei Ansprechpersonen, die in geeigneter Form
157 öffentlich bekannt gegeben werden.

158 4. Anträge auf finanzielle Unterstützung der Arbeitsgruppen werden vom
159 Vorstand entschieden, sofern der Finanzplan nichts anderes bestimmt.

160 5. Die Arbeitsgruppen tagen öffentlich.

161 6. Arbeitsgruppen haben auf MVVen ein Berichtsrecht.

162 § 9 FLINTA Förderung

163 1. Zu wählende Gremien, Delegationen und Wahllisten sind mindestens zu 50%
164 mit Frauen, Lesben, inter, nicht-binären, trans oder agender Personen

- 165 (FLINTA) zu besetzen. Ungerade Plätze sind demnach FLINTA vorbehalten
166 (Mindestparität).
- 167 2. Die Redeleitung sowie Redebeiträge bei Mitglieder(voll)versammlungen sind
168 mindestens zur Hälfte mit FLINTA zu quotieren.
- 169 3. Kann eine Quotierung nicht eingehalten werden, kann auf Antrag einer
170 stimmberechtigten FLINTA eine Abstimmung (FLINTAvotum) über den weiteren
171 Umgang eines Verfahrens oder den Abbruch der Debatte stattfinden.
- 172 4. Die Mehrheit der FLINTA einer Versammlung hat ein Vetorecht mit
173 aufschiebender Wirkung. Eine von den FLINTA abgelehnte Vorlage kann erst
174 auf der nächsten Versammlung erneut eingebracht werden. Das Vetorecht kann
175 je Beschlussvorlage nur einmal wahrgenommen werden.
- 176 5. Durch das Geschlechtergerechtigkeits-Team im Vorstand können
177 Vernetzungstreffen und Förderungsangeboten nur für FLINTA einberufen
178 werden. Mitglieder, die zu diesen Personengruppen gehören, können auf
179 Wunsch mit Unterstützung des Geschlechtergerechtigkeits-Teams ebenfalls
180 nur FLINTA-Veranstaltungen einberufen.

181 § 10 Diversitätsverständnis

- 182 1. Alle Funktions-, Amts- und Mandatsträger*innen des Kreisverbands nehmen
183 spätestens 6 Monate nach ihrer erstmaligen Wahl an einer
184 Weiterbildung/einem Training zur Sensibilisierung für Antirassismus,
185 Antidiskriminierung oder Diversität teil.
- 186 2. Ansprechpersonen von Arbeitsgemeinschaften nehmen spätestens im Laufe
187 eines Jahres nach ihrer erstmaligen Benennung an einem entsprechenden
188 Training teil.
- 189 3. Die Kosten für die Trainings übernimmt der Kreisverband nach vorherigem
190 Finanzantrag.

191 § 11 Geschäftsordnung für Wahlen und Abstimmungen

- 192 1. Die Versammlung bestätigt die Versammlungsleitung und die
193 Protokollführung. Die Versammlungsleitung ist für die Durchführung der
194 Wahlen zuständig und schlägt zur Unterstützung eine Zählkommission vor,
195 welche von der Versammlung ebenfalls bestätigt werden muss.
- 196 2. Die Änderung der Tagesordnung sowie des Verfahrens geschieht durch einen
197 mit einfacher Mehrheit angenommenen Geschäftsordnungsantrag (GO-Antrag).

- 198 Erfolgt nach der Einbringung des Antrags keine Gegenrede, gilt der GO-
199 Antrag ohne Abstimmung als angenommen.
- 200 3. Eine Kandidatur ist bis zur ersten Vorstellung der Kandidat*innen bei der
201 Versammlungsleitung anzumelden.
- 202 4. Personenwahlen erfolgen geheim.
- 203 5. Die Bewerber*innen haben 2 Minuten Zeit sich vorzustellen; die Vorstellung
204 erfolgt in alphabetischer Reihenfolge nach Nachnamen. Für
205 Vorstandsmitglieder sind 3 Minuten Vorstellungszeit vorgesehen, für
206 Bewerber*innen für die Bezirksverordneten-Liste 5 und für Bundestags-,
207 Abgeordnetenhaus- und Stadtratskandidat*innen 7 Minuten.
- 208 6. Aus der Versammlung können je Bewerber*in zwei Fragen gestellt werden. Die
209 Fragen werden während der jeweiligen Vorstellungsrede schriftlich und
210 namentlich in dafür vorgesehenen Boxen eingeworfen. Werden mehr als 2
211 Fragen angezeigt, lost die Sitzungsleitung zwei Fragen aus. Die
212 Bewerber*innen haben nach ihrer Vorstellung 1 Minute Zeit zur Beantwortung
213 der Fragen.
- 214 7. Die Blockwahl von mehreren Wahlen ist möglich, wenn genauso viele
215 Bewerber*innen zur Wahl stehen, wie es Plätze gibt. Jede*r hat so viele
216 Stimmen, wie es Plätze gibt.
- 217 8. Gewählte Personen können mit einer Zweidrittelmehrheit der abgegebenen
218 Stimmen abgewählt werden.
- 219 9. Wahlgänge:
- 220 ◦ a. Gewählt ist, wer die absolute Mehrheit der gültigen abgegebenen
221 Stimmen erhält.
- 222 ◦ b. Verfehlen mehrere oder alle der Bewerber*innen im ersten Wahlgang
223 die absolute Mehrheit der gültigen abgegebenen Stimmen, so sind im
224 zweiten Wahlgang nur noch die Bewerber*innen zugelassen, die im
225 ersten Wahlgang mindestens 10 Prozent der gültigen abgegebenen
226 Stimmen erhalten haben.
- 227 ◦ c. Verfehlen im zweiten Wahlgang mehrere oder alle der
228 Bewerber*innen die absolute Mehrheit der gültigen abgegebenen
229 Stimmen, so sind für den dritten Wahlgang nur noch eine Anzahl von
230 Bewerber*innen entsprechend der Anzahl der noch zu besetzenden
231 Plätze mit den meisten Ja-Stimmen zugelassen.
- 232 ◦ d. Erreichen die Bewerber*in im dritten Wahlgang nicht die absolute
233 Mehrheit der gültigen abgegebenen Stimmen, so wird die Wahl neu
234 eröffnet.
- 235 10. Anträge sind angenommen, wenn eine einfache Mehrheit der stimmberechtigten
236 Mitglieder dem zustimmt. Bei Satzungsanträgen ist eine Zweidrittelmehrheit
237 erforderlich.

238 §12 Trennung von Amt und Mandat

- 239 1. Mitglieder des Bundestages und der Bundesregierung oder ihre
240 Staatssekretär*innen entsenden wir nicht als Delegierte in die
241 Bundesdelegiertenkonferenz.
- 242 2. Mitglieder des Abgeordnetenhauses und des Senats oder seiner
243 Staatssekretär*innen können keine Delegierten für die
244 Landesdelegiertenkonferenz, den Landesausschusses und die Frauenkonferenz
245 werden.

246 §13 Beschlussorientiertes Mandat

- 247 1. Der Kreisverband arbeitet basisdemokratisch. Daher sollten sich unsere
248 Amts- und Mandatsträger*innen inklusive unserer Delegierten bei ihrer
249 inhaltlichen Arbeit an den Beschlüssen der Bezirksgruppe orientieren.

250 §14 Schlussbestimmungen

- 251 1. Soweit in dieser Satzung keine andere Regelung getroffen ist, gelten die
252 Bestimmungen der Satzungen des Landesverbands Berlin und des
253 Bundesverbands von Bündnis 90/Die Grünen sinngemäß.
- 254 2. Diese Satzung tritt auf Beschluss der Mitgliederversammlung vom 16.03.2024
255 am selben Tag in Kraft und ersetzt die Satzung vom 30.10.2021. Die Satzung
256 wurde zuletzt geändert am 16.03.2024.